

Frühes 20. Jahrhundert

Schon in den 1910ern bildete sich in Deutschland um den Sexualforscher Magnus Hirschfeld eine Bewegung für die Befreiung queerer Menschen.

Doch die konservative Regierung der Zeit verlangsamte diesen Fortschritt enorm.

Die Verfolgung und Ermordung von queeren Menschen unter den Nazis machte all dies endgültig zu Nichte. In der Bücherverbrennung vernichteten sie die Forschungsergebnisse.

In den USA der 1960er formten sich mehrere Gruppen, die das gleiche Ziel verfolgten, allerdings konnten diese zuerst kaum breite Aufmerksamkeit erregen.

Die Existenz von Queers war dem Mainstream noch zu unangenehm.

Der Stonewall-Aufstand

Ende Juni 1969 führte die Polizei eine brutale Razzia in der New-Yorker Bar "Stonewall Inn" durch. Queere Menschen waren zu diesem Zeitpunkt völlig entkriminalisiert, doch das hielt die Polizisten nicht ab, uneingeschränkte Gewalt anzuwenden.

Auf diese menschenunwürdige Behandlung reagierten die Besucher der Kneipe mit Widerstand, einem der ersten Proteste der modernen LGBTQIA+ Bewegung.

Die nächsten sechs Tage demonstrierte die queere Community friedlich.

Einige wichtige Persönlichkeiten der Bewegung waren Marsha P. Johnson, Sylvia Rivera und Stormé DeLarverie.

Entwicklung des CSD

Schon im Jahr danach fand der erste "Christopher-Street Day" (CSD) statt. Namensgebend war die Straße, in der das Stonewall Inn steht. Ziel war es, den Aufstand nicht zu vergessen und den Tag künftig als Gedenktag zu etablieren.

Seitdem hat die Bewegung zwar auf der ganzen Welt große Fortschritte gemacht, jedoch werden viele Erfolge stückweise rückgängig gemacht. Dafür muss man lediglich in Richtung USA oder Uganda schauen. Auch hierzulande nimmt die Hetze gegen queere Menschen dank der AfD oder CSU zu. Noch immer bestimmen Homo- und Transphobie weite Teile der politischen Landschaft. Insbesondere transidente Personen und BIPoCs, welche die Bewegung überhaupt erst in Gang gebracht haben, kämpfen seit über 50 Jahren noch immer um Gleichberechtigung und ihre Menschenwürde.

Noch immer rufen wir:

**BE BOLD! BE PROUD! BE QUEER!
SEID MUTIG! SEID STOLZ!
SEID QUEER!**

Als LINKE stellen wir uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Laut der polizeilichen Kriminalstatistik 2021 ist der Zuwachs an Gewalt gegen LSBTQIA+ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans Menschen, queere Menschen, intersexuelle Menschen, agender & asexuelle Menschen und weitere) enorm: mehr als 33 % Zuwachs im Unterthemenfeld „sexuelle Orientierung“ und mehr als 50 % Zuwachs bei „geschlechtliche Identität“. Das Problem ist neben zweifelhaften Mediendarstellung und den allgegenwärtigen patriarchalen Gesellschaftsstrukturen auch das politische Handeln der Staatsregierung.

Wir fordern Safe Spaces

für queere Menschen und speziell sichere Unterbringung für queere Geflüchtete.

Zum Schutz vor Gewalt brauchen queere Menschen eigene Safe Spaces, ähnlich zu Frauenhäusern. Letztere sind meist schon überlastet und können daher keine weiteren Schutzsuchende auffangen.

Zudem ist die Aufnahme von Trans*-Frauen, nonbinären und intergeschlechtlichen Menschen häufig eine Grauzone für Frauenhäuser, die dann im Bedarfsfall zum Abweisungsgrund werden kann. Besonders kritisch ist die Lage von queeren Menschen in AnKER-Zentren. Diese können dort nicht ausreichend vor sexuellen und gewalttätigen Übergriffen geschützt werden. Wir fordern die dezentrale Unterbringung und die Bereitstellung von entsprechenden Anlaufstellen.

Wir fordern einen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit!

Wir unterstützen das Motto und die Forderung vieler bayerischer CSDs:

„Queerer Aktionsplan Bayern jetzt“.

Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie hat.

Ein solcher Aktionsplan muss u. a. beinhalten:

- Wissensvermittlung zu queeren Themen
- eine konsequente Erfassung von queerfeindlicher Gewalt als solche
- die Schaffung von queeren Einrichtungen und Unterstützungsstrukturen auch in den ländlichen Raum hinein

Diese Maßnahmen müssen aus öffentlichen Geldern ausfinanziert werden und können nicht von der kostenloser Arbeit Ehrenamtlicher getragen werden.

Es braucht die Förderung von Kinderwunschbehandlungen für alle Paare.

Der Freistaat bietet über sein Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) einen Zuschuss zu Kinderwunschbehandlungen für Paare an.

Bei diesem wurden nicht-cis-hetero Paare als „grundsätzlich nicht förderungsfähig“ abgelehnt. Grund für diese Förderrichtlinien sind dabei keine bundespolitischen Vorgaben, sondern sind selbst so gewählt, um auszuschließen. Diese Art der staatlichen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung ist so nicht haltbar und muss enden. Keinem Paar dürfen deswegen höhere Kosten zugemutet werden und Kinder so zum Luxus werden, den man sich leisten können muss. Da insbesondere queere Menschen wie Trans*-Frauen oft von Armut betroffen sind, ist dies sozial ungerecht und somit untragbar. Leihmutterschaft wird von uns nicht unterstützt, da diese Gebärende ausbeutet: Diese müssen ihren Körper aus finanzieller Not heraus verkaufen. Außerdem ist eine Schwangerschaft eine große psychische und physische Belastung und die Trennung des Kindes schmerzt oft.

Bisher gibt es keine rechtliche Grundlage, dass 2 Frauen als Mütter eingetragen werden können.

Das liegt am veralteten Abstammungsrecht.

Es braucht eine Reform der Amtlichen Schulverwaltungssoftware (ASV), um geschlechtliche Vielfalt abzubilden.

Vielen Trans*-Jugendliche sind betroffen von einer hohen Suizid-Rate.

Diese kommt daher, dass den betroffenen Kinder und Jugendlichen tagtäglich ihre Identität abgesprochen wird.

Die in Bayern verpflichtende Amtliche Schulverwaltungssoftware (ASV) kennt nur die Geschlechter männlich und weiblich. Schüler*innen mit dem Eintrag divers oder ohne Eintrag können so nicht adäquat erfasst werden. Das ist insbesondere bei der Erstellung der Klassenlisten und Listen zum Schulsport mithilfe der Software problematisch.

Außerdem kann kein vom Passnamen abweichender Eintrag gesetzt werden.

Wir fordern hier Nachbesserung der Software und Berücksichtigung der Selbstbezeichnung der Schüler*innen.

Außerdem fordern wir mehr queere Bildung an Schulen: Im Sexualkundeunterricht wird nur heteronormativer, binärer Sex als Option gelehrt.

Social Media & Kontakt:

 @dielinke.wuerzburg  @linksjugend.wuerzburg

 die-linke-mainfranken.de  @solid_wuerzburg

 vorstand@die-linke-mainfranken.de

 jugend@die-linke-mainfranken.de

V.i.S.d.P.: Christina Kunkel Urlaubstr 2a 97076 Würzburg

STONEWALL

WAR KEINE PARTY

und es gibt noch viel zu tun!

links
jugend
[solid]
WÜRZBURG

DIE LINKE.
Kreisverband Würzburg Mainfranken